

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis: einjährlich 12 Mark, halbjährlich 7 Mark, vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1 Mark 20 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Druck- und Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger an. Druck- und Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger an.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3591. Druck- und Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger an.

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Nr. 280

Dresden, Donnerstag den 2. Dezember 1926

37. Jahrg.

Wer sitzt an der Futterkrippe?

Zeit Jahren schandern die Reaktionäre den schmutzigen Schmutz gegen die Sozialdemokratie, sie drängen sich an die Futterkrippe, und ihre führenden Persönlichkeiten lebten von den Geldern der Republik. Vor einem Jahre hat der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokratie beschlossen, von der Reichsregierung eine Denkschrift mit einer erschöpfenden inhaltlichen Uebersicht über die Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichskanzler, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale zu verlangen. Es bedurfte erst einer dringlichen Mahnung, damit die Denkschrift jetzt endlich dem Reichstage vorgelegt wurde. Diese Verzögerung ist anlässlich des Inhalts der Denkschrift erklärlich. Die Denkschrift ist für die Reaktion nicht nur unangenehm, sondern geradezu verhängnisvoll. Sie zerstört die Säule von der Futterkrippenpolitik der Sozialdemokratie und sie liefert den Beweis, daß Tausende von Republikfeinden Kunzeiler des von ihnen Tag für Tag beschmutzten Systems sind.

Für heute seien aus dem umfangreichen Material der Denkschrift nur die allerwichtigsten Tatsachen wiedergegeben. Weitere Veröffentlichungen müssen wir uns für die nächsten Tage vorbehalten. Die wichtigste Feststellung ist:

Die Republik zahlt gegenwärtig an 1857 Minister, Staatssekretäre, Generale und Admirale Pensionen und Wartegelder im Betrage von 23 095 000 Mark.

Daran sind beteiligt 104 Reichskanzler, Minister und Staatssekretäre mit 1736 000 M., 1599 Generale bzw. Aerzte mit 19 423 000 M., 122 Admirale mit 1 582 000 M. und 22 Sanitätsbeamte mit 354 000 M. Die weitaus größte Zahl der Pensionäre der Republik — nämlich 1753 von 1857 — wird also von den hohen Offizieren gestellt. Sozialdemokraten gibt es unter ihnen überhaupt nicht. Republikaner nur ganz wenige. Der überwiegende Teil besteht aus offenen Feinden der Republik, deren Tätigkeit in nichts anderem besteht als in der Unterminierung des Staates, dem sie ihre hohen Bezüge verdanken. Ein General, der die Höchstpension erhält, bekommt 16 083 M. Sie ermöglicht ihm also zweifellos ohne Arbeit ein Leben ohne Sorge und Not. Wie diese militärischen Pensionäre verdanken wir aber nicht der Republik, sondern dem alten monarchistischen Staat, ohne dessen Militarismus eine solche Vielzahl von hohen Offizieren unmöglich gewesen wäre.

Wenden wir uns nun zu den Zivilpensionären des Reiches. Es beziehen Pension 60 Reichskanzler und Minister, 21 Staatssekretäre, außerdem 23 Staatssekretäre Wartegeld. Von diesen entfallen auf die Zeit vor der Staatsumwälzung 29 Reichsminister und 16 Staatssekretäre, auf die Zeit nach der Staatsumwälzung 31 Reichsminister und 28 Staatssekretäre. Fast die Hälfte

aller Zivilpensionäre entfallen also auf die Monarchie. Auch sind ihre Bezüge höher als die der Pensionäre der Republik. Die 45 Pensionäre der Monarchie beziehen 903 000 M., die 59 Pensionäre der Republik aber nur 833 000 M.

Unter diesen 104 Zivilpensionären des Reiches befinden sich folgende drei Sozialdemokraten, nämlich Gustav Bauer, Dr. Kradbruch und Robert Schmidt. Von den übrigen 13 Sozialdemokraten, die seit dem Umsturz der Republik viele Monate, zum Teil mehrfach, als Minister gedient haben, bezieht keiner Pension. Es sind das die Volksbeauftragten Dittmann und Parth, sowie die ehemaligen Minister Dr. David, Dr. Gradnauer, Dr. Hiltbrand, Dr. Köster, Dr. Landberg, Hermann Müller, Kose, Soltmann, Scheidemann, Schäde und Wissel. Sieht man sich für die Bezüge an, dann wird der Unterschied noch krasser. Während die Pensionen der drei sozialdemokratischen Minister zwischen rund 10 000 und 13 000 M. schwanken, steigen sie bei den bürgerlichen Pensionären bis zu 27 000 M. an.

Von den Ministern und Staatssekretären aus der Monarchie sind besonders erwähnenswert: Fürst von Bülow und Dr. Richartz mit einer Pension von je 27 000 M., die Staatssekretäre Capelle, von Jagow, Schömann, Tirpitz und Balkraf mit Pensionen zwischen 21 000 und 25 000 M. Von den Ministern und Staatssekretären der Republik sind hervorzuheben: Dr. Wirth, Dr. Cuno, Dr. Luther mit 18 000 bis 19 000 M., Dr. Koch, Dr. Jarres, Dr. Scholz und Dr. Becker, von Haunmer, Damm, Schiele, Emminger, Graf Kautz, Dr. Schiffer, Schlieben, Giesberts, Dernburg.

Unter den Generalen finden wir mit Bezügen von je rund 17 000 M. u. a. von Madensen, von Linsingen, von Kuhl (der bekannte Dolchstoßverleumdung), Streg von Archenheim, Ludendorff, Liman von Sanders, Rupprecht von Bayern, von Klander, Herzog von Urach, Krafft von Dellmeningen, Freiherr von Lüttich, Ziet von Arnim, von Stein, von Watter, usw. usw., alles geistige Größen aus dem monarchistischen Deutschland. Von den Admiralen mit Bezügen von je rund 17 000 M. seien genannt: Prinz Heinrich von Preußen, Jagow, Köster, Scheer und von Müller.

Fassen wir das Gesamtergebnis zusammen, so können wir folgendes feststellen:

Unter 1857 hohen Pensionären des Reiches befinden sich drei Sozialdemokraten! Sie beziehen zusammen 36 490 M. bei einer Gesamtsumme von 23 Millionen und einer Zivilpensionssumme von 1 1/2 Millionen.

So sieht die Futterkrippenpolitik der Sozialdemokratie aus!

Politifizierung der Reichswehr

Oesterreichische Erfahrungen

Von Dr. Julius Dentich, Wien

In der Rechtsprelle taucht ein Joachmann nach dem anderen auf, um gegen den bekannten Vorschlag Paul Löbes über den Decreesertrag zu Felde zu ziehen. Nun hat auch der Reichswehrminister Dr. Gessler das Wort ergriffen. Er meint, daß die gesundheitliche Tauglichkeit allein nicht genügend sei, um zum Reichswehrdienst zu befähigen, sondern daß auch noch andere Maßstäbe in Betracht kämen. Schön, also welches sind diese anderen, Maßstäbe? Dr. Gessler begnügt sich mit der Feststellung, daß es schwierig sei, sich von der Eigenart des Freiwilligen ein richtiges Bild zu machen. Welchen Schwierigkeiten man in Deutschland auf die Weite begegnet, daß die verantwortlichen Offiziere an die rechtsradikalen Kreise gewandt, gelegentlich auch an Führer von Verbänden, und durch diese Anfragen sei dann das Mißverständnis entstanden, daß die Aufnahme in die Reichswehr von der politischen Gesinnung abhängig gemacht worden sei; was beides nicht der Fall ist. Ganz und gar nicht! Die deutsche Reichswehr hat nur ganz zufällig lauter Stahlhelmer und ähnliche Republikaner aufgenommen. Jedemfalls hatte der demokratische Reichswehrminister nicht die leiseste Ahnung von diesem Zufall gehabt, sonst hätte er gewiß mit starker Hand eingegriffen.

Da nun aber doch einmal das bedauerliche Mißverständnis gegeben ist und die deutschen Republikaner, die immerhin die Mehrheit des deutschen Volkes bilden, ganz irrtümlicherweise zu der Meinung gekommen sind, daß die Angaben von Persönlichkeiten nicht länger mehr die objektiven Maßstäbe für die Tauglichkeit zum Reichswehrdienst sein können, wäre es hoch an der Zeit, an eine Reform zu denken. Aber da schreit der demokratische Reichswehrminister entsetzt auf. Um Gottes willen, da käme man ja zu österreichischen Verhältnissen!

Und nun werden diese österreichischen Verhältnisse in ihrer ganzen Grauenhaftigkeit geschildert. Man denke nur: In Oesterreich steht den Wehrmännern außerhalb des Dienstes die politische Betätigung frei. Sie dürfen Vereine bilden und Versammlungen besuchen, in denen sie sich ganz so betätigen können wie jeder andere Staatsbürger. Scharflich, scharflich! Das ist freilich in Deutschland ganz anders. Die deutsche Reichswehr ist bekanntlich so absolut unpolitisch, daß sie nur hier und da ein bißchen zu monarchistischen Demonstrationen ausbricht. Aber das tut sie im Dienste. Wäre diese Reichswehr in Oesterreich, dann dürfte sie — schauerhaft — ihren monarchistischen Gefühlen höchstens in der dienstfreien Zeit Ausdruck verleihen. Ein solcher Zustand ist für einen richtigen Offizier eintausendmal nicht auszuhalten. Woju macht man denn dann überhaupt Dienst, wenn dabei nichts anderes herauskommt, als daß die rote Republik eine verlässliche Garde besitzt? Ja, diese Oesterreicher verstehen wirklich ganz und gar nichts vom Militär, denn sie verlangen, daß der Soldat wohl außerhalb des Dienstes politisch frei sein, aber im Dienste keine Politik treiben soll. In Deutschland versteht man das viel, viel besser. Da steht die ganze Reichswehr schamlos im Dienste einer politischen Bewegung — und begleitet diese ihre politische Betätigung mit angewandten Augen: Politifiziert um Gottes willen nur ja die Reichswehr nicht!

Dr. Gessler hat auch andere greuliche Dinge von Oesterreich gehört. Dort sollen in der Wehrmacht drei Viertel der Mannschaft Sozialdemokraten sein. Der deutsche Reichswehrminister kann sich diese Zusammenlegung nur so erklären, daß die österreichischen Parteien zur Belegung der freien Stellen in der Wehrmacht „jährlich einen Paß“ schicken, der die auf jede Partei entfallende Stellenzahl enthält. Dabei es nur veränderlich bleibt, wie die Sozialdemokraten, die doch nur eine Minorität sind, die übergroße Mehrzahl der Stimmen bekommen haben. Aber dergleichen Ungerechtigkeiten gehen den Dr. Gessler nicht weiter.

Hätte er sich besser erkundigt, dann hätte er erfahren, daß in Oesterreich folgendes System für die Aufnahme in die Wehrmacht besteht: Wer in Oesterreich zur Wehrmacht gehen will, meldet sich innerhalb einer vom Bundesministerium für Heerwesen festgelegten Frist bei einem beliebigen Truppenkörper. Dort erfolgt die Vorlage und Ueberprüfung der vorgeschriebenen Dokumente und die ärztliche Untersuchung. Die Aufnahme selbst ist aber nicht Sache der Truppe, sondern allein des Bundesministeriums für Heerwesen. Grundsätzlich erfolgt die Aufnahme in der Reihenfolge der sich Meldenden, so daß persönliche Beziehungen oder die politische Gesinnung keine große Rolle spielen können. Der ganze Werbeprozess wird von Parlementskommissaren überwacht.

Mit dieser objektiven, unpolitischen Werbemethode vergleiche man die Werbemethode in Deutschland. Wir glauben kaum, daß für einen normal denkenden Menschen das Urteil schwanken kann. Freilich, der deutsche Reichswehrminister scheint unter dem Einfluß seiner Umgebung viel zu eingesponnen zu sein von reaktionären Gedankenkreisen, als daß er sich zu einem unbeeinflussten Urteil aufraffen könnte. Er und seine Offiziere konnten sich offen-

Die Schund-Komödie

SPD. Je rascher es der Entscheidung über das Schund- und Schmutzgesetz zugeht, desto tollere Kunststücke erlauben sich unsere streitbaren Schmutz- und Schundbekämpfer. Gegenwärtig sind sie dabei, Deutschland einen besonderen Kulturdiktator mit dem Sitz in München zu beschreiben.

Die Länderprüfstellen tauchen in neuer Maschierung auf. Das Kind soll einen andern Namen bekommen. Die Länderprüfstellen sollen nach außen hin als Reichsprüfstellen erscheinen, deren Befugung das Reichsinnenministerium vorzunehmen hat. Was soll diese Komödie? Die Reichsprüfstelle in München wird nie etwas anderes sein als eine Münchener Prüfstelle, ganz gleich, wer an ihrer Spitze steht. Die religiösen Gesellschaften sollen ja besonders berücksichtigt werden. In München werden sie bestimmt die Hauptrolle spielen. Die Münchener Prüfstelle wird, wenn die neuen Kompromißversuche Erfolg haben, zum Kulturdiktator in Deutschland werden. Die Münchener Prüfstelle wird werden und das Reichsinnenministerium wird sich nach einigen Niederwerfungen der Münchener Literaturjustiz fügen.

Die Folgen einer solchen Entwicklung wären mehr als verhängnisvoll. In jedem Quartal wäre ein neuer Koch zwischen München und dem Reich an der Tagesordnung. Den Ueberbiederlistigen würden die ewigen Differenzen in Kulturfragen Wasser auf die Mühle sein. Der Streit um ein Buch kann ja kinderleicht zu einer großen staatspolitischen Aktion aufgebauscht werden. Es sind nette Perspektiven, die sich da entrollen.

Da München — wie vorauszu sehen ist — in recht vielen Fällen seinen Kopf durchsetzen würde, könnte es auf die Dauer nicht ausbleiben, daß die übrigen Länder ebenfalls aus der Reihe tanzten. Was in dem einen Land verboten ist, wird im andern erlaubt sein und umgekehrt. Der Literaturschmutz wird blühen und gedeihen. Die Schlagbäume, die in Industrie und Handel seit mehr als einem Menschenalter abgebaut sind, werden auf dem Gebiet der Literatur wieder aufgerichtet. Der Partikularismus wird in kulturellen Dingen Orgien feiern.

Das alles wofür, wozu? Alles nur, weil unsere Schund- und Schmutzgräber in dem Reine leben, man könne mit Hilfe von Paragraphen ein Volk weh und gesund erhalten.

Verhandlungen der Parteien

Am Mittwoch verhandelten Vertreter aller bürgerlichen Parteien inoffiziell über das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutz. Insbesondere wurde über die strittigen Paragraphen 2 und 3 beraten. Danach scheinen sich die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes in dritter Lesung verstärkt zu haben. Voraussichtlich werden nach dem Wunsche der Deutschen Volkspartei statt der abgeleiteten Landesprüfstellen drei Reichsprüfstellen eingesetzt werden, die im Benehmen mit den Landesregierungen gebildet werden sollen. — Wie die qualifizierte Mehrheit in den Prüfstellen bestimmt werden soll, darüber ist eine Einigkeit noch nicht erzielt worden.

Die offiziellen Verhandlungen unter den bürgerlichen Fraktionen werden am Donnerstag mittag abgehalten werden.

Ausperrung von 26 000 Textilarbeitern

R. Gera, 2. Dezember. (Fig. Junf.) Im Gebiet des sächsisch-thüringischen Ueberverbandes ist am Mittwoch die Ausperrung von rund 26 000 Textilarbeitern Tatsache geworden, obwohl das Reichsarbeitsministerium für Mittwoch neue Verhandlungen anberaumt hatte.

Die freilebenden Arbeiter vor Gera fordern eine Lohn-erhöhung von 15 Prozent. Der Schiedspruch, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von nur 8 Prozent zuspricht, ist also ein für die Unternehmer sehr annehmbarer Vergleich, denn die Lohnerhöhung ist nicht nur sehr bescheiden, sie bindet auch die Arbeiter bis zum 1. September 1927. Gleichzeitig ist diese Lohnerhöhung aber für die Textilindustrie durchaus erträglich. Wenn die Löhne in der Textilindustrie heute die niedrigsten sind, die Lage der Textilarbeiter und insbesondere der Textilarbeiterinnen eine elende ist, so ist die Lage der Textilindustriellen eine ebenso glänzende und die Dividenden in der Textilindustrie gehören zu den höchsten der Nachkriegszeit. Die Ausperrung ist daher eine Herausforderung, wie sie wohl nicht seltener ausgedacht werden kann, doch wird die ausgesperrte Textilarbeiterschaft den ihr aufgegebenen Kampf zu bestehen wissen.

Sie unsere Frauen